

Flüchtlinge brauchen Wohnungen in lebenswerten Quartieren – Städtebauliche Integration statt Ghettoisierung

Ein 10 Punkte-Papier der Hamburgischen Architektenkammer

Rasante Zuwanderung

Deutschland, Hamburg eingeschlossen, versucht derzeit, den gewaltigen Zustrom von Flüchtlingen zu bewältigen und sich auf Entsprechendes in der Zukunft vorzubereiten. In diesem Jahr wurden der Hansestadt bis einschließlich September rund 13.000 Flüchtlinge zugewiesen. Bis zum Jahresende kommen voraussichtlich noch etwa 7.500 Flüchtlinge hinzu. Der Senat kalkuliert derzeit mit 2.000 bis 3.000 neuen Unterbringungsplätzen pro Monat. Eine weitere Erhöhung dieser Zahlen ist nicht auszuschließen. Die Frage der Unterbringung wird uns noch lange beschäftigen und muss bewältigt werden. Zeltdörfer, Baumärkte und leer stehende Bürogebäude helfen hierbei kurzfristig, können aber langfristig keine Lösung sein. Auch solche Provisorien sind sie kostspielig. Die Bezirke haben in den vergangenen Wochen viele Flächen auf Eignung geprüft. Die dem Senat gemeldeten Standorte werden jedoch lange nicht ausreichen. Weitere Flächen müssen hinzukommen.

Hoher Zeitdruck im Wohnungsbaugeschehen

Der Senat hat den Bau von 5.600 Wohnungen für bis zu 21.000 Flüchtlinge beschlossen. Die Stadt steht somit -- neben den anvisierten Wohnungsbauzahlen im Rahmen des Bündnisses für das Wohnen -- vor neuen und hohen Anforderungen. Die ersten Wohnungen sollen bereits im vierten Quartal des Jahres 2016 fertig sein. Die Menschen, die zu uns kommen, bringen ihre Besonderheiten, ihr Potenzial, die Vielfalt ihrer Kulturen, ihre Zukunftsvorstellungen, aber auch ihre Vergangenheit und ihre Verletzungen mit. Da braucht es mehr als nur Unterbringung, ja sogar mehr als nur guten Wohnraum. Es müssen kurzfristig menschenwürdige Quartiere in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt werden, die auch auf lange Zeit genutzt und die Stadtstruktur über Jahrzehnte prägen werden. Wir müssen schnell Obdach schaffen, wissen aber auch, dass nach dem Übergang und der Erstaufnahme ein Zuhause gebraucht wird, auch für die dann nachkommenden Familienmitglieder.

Integrativer Städtebau

Beides – schnelle Hilfe und in großem Umfang zusätzliche, bezahlbare Wohnungen – sind planerische Herausforderungen: Hamburg wird zur „Ankunftsstadt“. Dazu bedarf es neben raschen Handelns und kurzfristiger Bereitstellung auch tragfähiger stadträumlicher Konzepte, um Ghettos vorzubeugen, Integration zu organisieren und den Anforderungen an eine verdichtete Stadt gerecht zu werden. Auch wenn wir derzeit um schnelle Lösungen ringen, brauchen wir dauerhafte Konzepte. Neue Quartiere, gerade wenn sie auf Industriebrachen oder durch Ausnutzung von Leerständen entstehen, benötigen ein Gesicht und eine Struktur, damit sie zu Adressen werden. Zu planen sind nicht nur Häuser, sondern die Integration von Haus und Bewohnern in den Stadtraum, in den öffentlichen Raum. Unsere Aufgabe ist es, neue Nachbarschaften möglich zu machen und die Stadtentwicklung positiv zu bereichern.

10 Punkte

Die Hamburgische Architektenkammer ist sich der humanitären und gesellschaftlichen Verantwortung aller Hamburger Architekten, Innenarchitekten, Landschafts- und Stadtplaner bewusst und setzt sich für die Verbesserung der Unterbringung von Flüchtlingen ein – bei Notunterkünften, bei dauerhaften Wohngebäuden und auf der städtebaulichen Ebene. Konkret regt die HAK an:

1. Gemeinsames und vernetztes Handeln aller an der Unterbringung beteiligten Akteure: Senat — Bezirke — Behörden (BASFI, BIS, BSW, BWVI) — Betroffene (Flüchtlinge, alle zukünftigen Bewohner, Quartiersnachbarn) — Planer, z.B. in Form einer prozess- und planungsbegleitenden Beratungskommission in fachübergreifender Besetzung.
2. Förderung gemischter Wohnkonzepte: Geförderter Wohnungsbau in Nachbarschaft zu Selbstbauvorhaben, Baugruppen etc. Eigeninitiative und vorhandene Dynamiken sind zu nutzen und zukünftige Bewohner mit Eigenleistungen in integrierende Aktivität zu bringen.
3. Kleinräumiger Verteilungsschlüssel in Relation zu der nachbarschaftlichen Bewohnerstruktur: Dies ist im Hinblick auf räumliche und soziale Integration der Großunterbringung vorzuziehen. Um- und Leerstandsnutzung müssen intensiver betrieben werden.
4. Vorhalten von Gemeinschaftsflächen, auch als Raum für Eigeninitiativen: Innovation und Startups als zukünftiger Wirtschaftsfaktor.
5. Gestalterisch befriedigende und preiswerte Lösungen: So kann eine unwürdige Unterbringung vermieden und gleichzeitig ein Signal der Willkommenskultur ausgesendet werden.
6. Ausarbeitung von variablen, an die jeweilige Situation anpassbaren Typenentwürfen (z.B. auch in Holz-Modulbauweise): Dafür bietet sich ein Architektenwettbewerb an. Voraussetzung ist die Definition von Mindeststandards bei gleichzeitiger Lockerung der strengen, eher kontraproduktiven Vorschriften zum Wohnungsgrundriss im geförderten Wohnungsbau.
7. Koordiniertes Vorgehen von Bund und Kommunen: Austausch und gegenseitiges Lernen am Vorbild gelungener Projekte, Nutzung der kreativen Potentiale von Praktikern und Hochschulinstitutionen.
8. Frühzeitige Information und Beteiligung der Bürger, der Nachbarschaften von geplanten Standorten, Berücksichtigung der Ortskenntnisse und auch Nutzung der „informellen“ Infrastrukturangebote.
9. Angemessene Personalaufstockung angesichts der zahlreichen Aufgabenfelder, der Arbeitsbelastung und des vielleicht nicht dauerhaft anhaltenden freiwilligen und privaten Engagements.
10. Einbezug der fachlichen und interdisziplinären Kompetenz der Hamburger Architekten und Planer bei der städtebaulichen Konzeptionierung der geplanten Standorte und zur Optimierung der baulichen Planung: Dies gilt auch und gerade bei der Konzeptionierung von „Prototypen“.